



Stadt ist kein Wolkenkuckucksheim

Man mag es gut finden oder nicht: Dieses Land, in dem wir alle leben, hat sich dazu entschieden, auf regenerative Energien zu setzen. Windkraftanlagen nach dem St.-Florians-Prinzip vor Ort mit aller Macht verhindern zu wollen, ist absurd. Erst recht, weil dann Einzelanlagen drohen und die Stadt jeglichen Einfluss verliert.

Das kann auch in Hohenlimburg niemand wollen. Denn es muss keiner glauben, dass plötzlich jemand auf die Idee kommt, ein einzelnes Windrad in Boele oder Haspe zu beantragen. Die ertragreichsten Standorte haben die Investoren längst gefunden. Und die liegen nun mal auf dem Höhenzug zwischen Hohenlimburg und Rummenohl. Also – und das stellt niemand in Abrede – wer-

den die Menschen, die dort leben, mit dem Thema Windkraft ganz unmittelbar konfrontiert.

Beeinträchtigt wird die Lebensqualität von Menschen aber auch in anderen Stadtteilen. Was ist mit jenen, die in unmittelbarer Nachbarschaft einer Hauptverkehrsstraße wohnen? Oder mit den Hagenern, die an einer Bahntrasse leben? Oder mit denen, die zum Ischeland gezogen sind, also in ein Wohngebiet, durch das sich bei Phoenix-Heimspielen Blechlawinen quälen?

Eine Großstadt ist kein Wolkenkuckucksheim. Wer hier wohnt, ist äußeren Einflüssen ausgesetzt. Auch denen, die ein Windrad mit sich bringen kann.



Schluss mit dem Regel-Wirrwarr

Ich bin ganz ehrlich. Windkraft? Ja. Aber nicht vor meiner Haustür. Wenn ein Windrad 500, 600 Meter von meinem Wohnhaus entfernt aufgestellt werden soll, würde ich alle Möglichkeiten ausschöpfen, das zu verhindern.

Dass ich diese Möglichkeiten hätte und Bürger vielerorts Gebrauch davon machen, dafür ist der Gesetzgeber verantwortlich, der absolut richtigerweise vorgegeben hat, dass die Windenergie-Quote in Deutschland steigen muss, der die Umsetzung aber nicht konkret genug delegiert hat.

Im Saarland wird Einzelfall für Einzelfall überprüft. In Bayern gilt die 10H-Regelung. Der Abstand zur Wohnbebauung muss min-

destens die zehnfache Höhe einer Windradanlage haben. In Hamburg 500 Meter, in Rheinland-Pfalz 1000 Meter. In NRW sollen die Kommunen Konzentrationszonen ausweisen, was für einen Windkrieg zwischen Anwohnern und den jeweiligen Verwaltungen sorgt. Es braucht entweder einheitliche Festlegungen auf Landesebene oder Einzelfallprüfungen in allen Kommunen. So aber zerreiben sich Bürger und Verwaltungen unnötig aneinander.

Ich verlange nicht, dass der Staat mich zwingt, Mindestabstände und das nächste Windrad vor meiner Haustür einfach so hinzunehmen. Aber wenn ich weiß, dass es einheitliche Regelungen gibt, schafft das am Ende auch bei mir mehr Akzeptanz.